

**Antrag der Fraktion DIE LINKE****Konsequenzen aus Teilersatzneubau (TEN)-Erfahrung ziehen – Gemeinsames Kommunalunternehmen Krankenhausbau einrichten**

Der Krankenhausmarkt ist seit längerer Zeit extremen Konzentrationsprozessen unterworfen. Sie werden u. a. vorangetrieben durch die zahlreichen Privatisierungen von Krankenhäusern, die unzureichende öffentliche Finanzierung der Krankenhausinvestitionen und die Möglichkeiten des DRG-Systems zu einer egoistischen Angebots-„Optimierung“. Dadurch ist eine massive Schieflage entstanden, die für die öffentlichen Krankenhäuser höchst nachteilig ist.

Die großen privaten Klinikkonzerne Rhön, Helios/Fresenius und Asklepios verfügen inzwischen über eine Marktmacht, die sie in die Lage versetzt, Auftragnehmern sehr niedrige Margen und eine bevorzugte Behandlung aufzuzwingen. Im Bereich der Krankenhausneubauten kommt begünstigend hinzu, dass die privaten Klinikkonzerne Bauherren sind, die eine Reihe von Bauvorhaben an verschiedenen Orten betreiben und daher entsprechende Erfahrungen kapitalisieren.

Für kommunale Krankenhausbetriebe ergeben sich daraus große Nachteile. Da kommunale Krankenhausbetriebe auf Jahrzehnte hinaus jeweils nur einen Neubau betreiben, können sie kaum auf Erfahrungen aus anderen Krankenhausgroßbauprojekten zurückgreifen. Gleichzeitig sind sie gegenüber Auftragnehmern in einer schwachen Position, da sie nicht über das Druckmittel verfügen, bei hohen Margen und nachlässiger Auftragsausführung den nächsten Auftrag anderweitig zu vergeben. Insgesamt stellt sich ein Bild ein, bei dem die kommunalen Krankenhausneubauten mit ungünstigen Konditionen und Ergebnissen bezahlen für die niedrigen Margen und das just-in-time, das die privaten Klinikkonzerne einfordern. Ebenso werden die Anforderungen häufig zunächst unterschätzt, sodass gerade in der besonders kritischen Frühphase der Bauvorhaben mit zu geringen Steuerungskapazitäten gearbeitet wird.

Die öffentliche Hand muss hier dringend auf Augenhöhe mit den privaten Klinikkonzernen kommen. Dazu muss die Zersplitterung der öffentlichen Marktmacht und die Isolierung der kommunalen Klinikbetriebe überwunden werden. Die hohen spezifischen Anforderungen, die Krankenhausbauprojekte gegenüber anderen Bauvorhaben aufweisen, erfordern eine Bündelung von spezifischen Erfahrungen und Know-how.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für die Einrichtung eines bundesweiten gemeinsamen Kommunalunternehmens Krankenhausbau einzusetzen, das von Kommunen gemeinsam getragen wird und künftig bundesweit als erfahrene Projektbegleitung zur Verfügung steht.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept für ein gemeinsames Kommunalunternehmen Krankenhausbau zu erarbeiten und ihr bis zum März 2015 vorzulegen.

Klaus-Rainer Rupp,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE